



Umweltausschuss und
Wirtschaftsausschuss
des Bundesrates

12. September 2023

Bitte um Ablehnung des bayerischen Entschließungsantrag „PFAS-Regulierung mit Augenmaß“ (BR-Drs. 326/23)

Am 14. September treffen sich der Umweltausschuss und der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates und beraten unter anderem über den oben genannten Entschließungsantrag. **Wir fordern Sie hiermit dazu auf, sich gegen diesen Antrag auszusprechen.**

Die Konferenzen der Umwelt- und der Verbraucherschutzminister haben im Frühsommer wegweisende Beschlüsse zum Umgang mit PFAS gefasst. Der bayerische Entschließungsantrag „PFAS-Regulierung nach Augenmaß“ wäre ein großer Schritt rückwärts und würde bereits stattfindende Innovationen in verschiedenen Branchen unterminieren.

Wir sind eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen Organisationen¹, die sich in Deutschland und auf EU – Ebene für einen besseren Schutz vor Chemikalien einsetzen. Nach unserer Auffassung muss der PFAS-Beschränkungsvorschlag so bald wie möglich und in Gänze beschlossen und umgesetzt werden. Nur so kann die stetig zunehmende Belastung der Umwelt und der Menschen durch diese extrem langlebigen Stoffe gestoppt werden. Das geplante EU-Verbot sieht bereits jahrelange Übergangsfristen vor, welche die verschiedenen Innovationsfähigkeiten der jeweils betroffenen Branchen berücksichtigen.

PFAS werden in der Umwelt nur schwer bis gar nicht abgebaut und kontaminieren Gewässer, Böden sowie Tiere und Pflanzen. In einer europäischen Untersuchung ([HBM4EU](#)) wurden PFAS in allen untersuchten Teenagern in ganz Europa in teilweise

¹ Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), CHEM Trust Europe, Client Earth, european network for environmental medicine, Forum Umwelt und Entwicklung, HejSupport und WECF

bedenklichen Konzentrationen gefunden. Auch in entlegenen Gegenden wie den Hochebenen des Himalaya oder der Antarktis können PFAS nachgewiesen werden. Mancherorts übersteigt die Konzentration im Regenwasser sogar die [Grenzwerte für Trinkwasser](#). PFAS werden mit verschiedenen gesundheitsschädlichen Auswirkungen in Verbindung gebracht, u.a. einem erhöhten Krebsrisiko, Schilddrüsenerkrankungen, Leberschäden und einer verringerten Immunreaktion auf Impfungen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Verschiedene Elemente des bayerischen Entschließungsantrags sind nicht schlüssig und nicht zielführend. Auf die Bundesländer kommen jetzt schon immense Kosten zu, um die PFAS-Kontamination von Wasser und Boden zu bewältigen. Insbesondere die folgenden Punkte zeigen, wie wichtig eine langfristige Perspektive auf diese Ewigkeitschemikalien ist:

1. Der Entschließungsantrag fordert ein „zeitlich gestuftes Vorgehen“ (Punkt 5) – der Verbotsantrag enthält aber bereits Übergangsfristen von bis zu 12 Jahren für verschiedene Anwendungen. Eine weitere Verzögerung des vollständigen Verbots ist nicht notwendig.
2. PFAS müssen als Gruppe reguliert werden – eine Differenzierung nach Gefährlichkeit sowie ein risikobasierter Ansatz (Punkt 6) negieren die Tatsache, dass PFAS bereits aufgrund ihrer Langlebigkeit und dadurch bedingten Anreicherung in der Umwelt bedenklich sind. Außerdem ist aufgrund der schier unendlichen Anzahl der Verbindungen eine Einzelfallprüfung kaum möglich. Ohne ein Gruppenverbot besteht darüber hinaus die Gefahr, dass PFAS-Stoffe mit anderen PFAS-Stoffen ersetzt werden (“regrettable substitution”).
3. Im Antrag wird eine Abhängigkeit von PFAS für die industrielle Transformation konstatiert (Punkt 3). Wir sehen jedoch eine zunehmende Anzahl an Veröffentlichungen über PFAS-freie Alternativen, auch in den Branchen Elektronik und Energie. Es ist jetzt wichtig, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Industrie innovative Lösungen im Sinne einer grünen Transformation entwickeln kann.

Wir bitten Sie daher, gegen diesen Antrag zu stimmen!

Aufgrund des allgemeinen Interesses werden wir diesen Brief öffentlich machen.

In Vertretung für die zeichnenden Organisationen



Antonia Reihlen
CHEM Trust Europe